

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 17 / 61. Jahrgang, Dienstag, 25. Mai 2010

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55286 Wormstadt



Eine Zwischenbilanz zum Sonderprogramm des Landes legten Ministerpräsident Kurt Beck und Bildungsministerin Doris Ahnen in der jüngsten Sitzung des Pakts für Rheinland-Pfalz vor. Foto: Martina Pipprich

Konjunkturprogramm ist im Land auf einem guten Weg

Kurt Beck und Doris Ahnen legen Zwischenbilanz vor

„Das Sonderprogramm des Landes ‚Für unser Land: Arbeitsplätze sichern - Unternehmen unterstützen - nachhaltig investieren‘, mit dem das bundesweite Konjunkturprogramm II in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird, bringt die gute Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz noch weiter voran und hat deutlich spürbare Effekte zur Stützung der Konjunktur insbesondere in der Bauwirtschaft. Davon werden sich Mitglieder des Kabinetts und der Staatssekretärsrunde bei den Bildungstagen zwischen dem 10. und dem 22. Juni einen unmittelbaren Eindruck verschaffen“, kündigte Ministerpräsident Kurt Beck zusammen mit der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Doris Ahnen, heute nach einer Sitzung des Pakts für Rheinland-Pfalz an. Eine aktuelle Zwischenbilanz des Sonderprogramms auf dem Bildungssektor, die die Bildungsministerin den Pakt-Mitgliedern vorstellte, zeigt: Fast 2000 der insgesamt etwas mehr als 2100 Bildungsprojekte, die im Frühjahr 2009 in die Planungen für das Sonderprogramm aufgenommen worden waren, sind mittlerweile begonnen worden oder sogar bereits abgeschlossen.

Der Ministerpräsident unterstrich: „Bildungsinvestitionen sind nachhaltige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ganz bewusst hat sich daher die Landesregierung bereits in der Planungsphase des Konjunkturprogramms - im Jahr 2008 - dafür eingesetzt, dass bei einem solchen Investitionsprogramm der Schwerpunkt im Bildungssektor liegen muss. Unter den gut 2600 Maßnahmen, die in Rheinland-Pfalz mit einem Investitionsvolumen von knapp 835 Millionen Euro über das Konjunkturprogramm angestoßen wurden, sind denn auch mehr

als 2100 Projekte, die die Bedingungen für eine gute Bildung verbessern - und zwar von den Kindertagesstätten über die Schulen und Hochschulen bis hin zu Einrichtungen der Weiterbildung und Forschung.“ Neben der Förderung durch den fälligen Landesanteil habe das Land den Kommunen Investitionen durch eine großzügige Darlehensregelung erleichtert, sagte Kurt Beck. Mit Erfolg habe sich Rheinland-Pfalz zudem dafür eingesetzt, dass neben kommunalen Projekten, die den größten Teil der Investitionsförderung erhielten, auch Maßnahmen von kirchlichen und anderen privaten Trägern gefördert werden könnten.

Mit Hilfe von einigen neu aufgelegten Förderprogrammen und mit Aufstockungen bei bereits bewährten Landesprogrammen wie dem Schulbauprogramm oder dem Programm „Medienkompetenz macht Schule“ sei es gelungen, Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von fast 531 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, hielt Bildungsministerin Ahnen fest. 708 Projekte mit einem Investitionsvolumen von mehr als 25 Millionen Euro seien bereits abgeschlossen, weitere 1286 Projekte mit einem Investitionsvolumen von mehr als 457 Millionen Euro würden derzeit realisiert. Doris Ahnen unterstrich: „Bei der Umsetzung des Sonderprogramms sind alle Beteiligten auf einem guten Weg. Das Land, die Kommunen und die freien Träger ziehen an einem Strang.“

Positiv äußerte sich Ministerpräsident Beck auch zur Situation auf dem Arbeitsmarkt: „Mit der Arbeitslosenquote liegt Rheinland-Pfalz kontinuierlich auf Platz drei im Ländervergleich.“ Die Arbeitslosenquote der unter 20-Jährigen bezifferte er auf 3,2 Prozent.

Robin Gibb beim Open Air

Sechstes Festival von Regierung und Landtag in Mainz

Die Erfolgsgeschichte des Rheinland-Pfalz Open Air geht weiter: Am 7. August richten Landesregierung und Landtag zum sechsten Mal das Rheinland-Pfalz Open Air gemeinsam mit Radio RPR1 aus.

Das Staraufgebot beim Rheinland-Pfalz Open Air ist auch in diesem Jahr hochkarätig: Headliner ist BeeGees-Legende Robin Gibb, der in Mainz einen „Evening of BeeGees Greatest Hits“ präsentieren wird. Weiterhin werden die australische Chartstürmerin Gabriella Cilmi, Rolf Stahllhofen sowie zwei noch geheime Acts auf der Bühne stehen. Einlass ist ab 14 Uhr, das Programm startet gegen 14.30 Uhr. Die Veranstalter erwarten rund 60.000 Besucherinnen und Besucher.

Das Nachmittagsprogramm wird in diesem Jahr erstmalig von bigFM, dem Jugendprogramm von RPR, bestritten: Die Hörfunkstation feiert ihren zehnten Geburtstag und gestaltet ihre Bühnenshow ganz im Zeichen der Nachwuchsförderung. Die Siegerband des

grenzüberschreitenden Musikwettbewerbs „Musik ohne Grenzen“ kann vor großem Publikum auftreten. Es wird wieder viele attraktive Informationsangebote geben, wie die vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium initiierte Ausbildungsmeile.

„Das Rheinland-Pfalz Open Air hat seit 1997 einen festen Platz im Terminkalender des Landes. Uns ist es wichtig, auch jugendgerechte Angebote möglich zu machen. Besonders gut gefällt mir an dem Konzept dieser Veranstaltung, dass auch Nachwuchskünstler ihre Chance bekommen“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck.

„Der rheinland-pfälzische Landtag ist das einzige Landesparlament, das sich jährlich der Herausforderung stellt, für die Jugend und die Junggebliebenen gemeinsam mit Partnern ein großes Open-Air-Festival zu veranstalten. Konzerte, die anderswo viel Geld kosten, gibt es bei uns einmal im Jahr zum Nulltarif“, sagte Landtagspräsident Joachim Mertes.

Regierung setzt 10 000 Euro Belohnung aus

Ministerpräsident Beck verurteilt Brandanschlag auf Wormser Synagoge aufs Schärfste

Die Landesregierung setzt zur Aufklärung des Brandanschlages auf die Synagoge in Worms eine Belohnung in Höhe von 10 000 Euro aus. „Die Landesregierung wird alles dafür tun, damit diese verabscheuungswürdige Tat schnell aufgeklärt wird und der oder die Täter gefasst werden“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck nach der jüngsten Kabinettsitzung.

Zuvor hatte Innenminister Karl Peter Bruch die Mitglieder des Ministerrates über den aktuellen Ermittlungsstand informiert. Derzeit ermittelt eine 35-köpfige Sonder-

kommission. „Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei arbeiten unter Hochdruck. Jeder, der irgendetwas beobachtet hat, das im Zusammenhang mit diesem Anschlag stehen könnte, soll sich bitte sofort an die Polizei wenden“, appellierte der Innenminister an die Bevölkerung.

Ministerpräsident Kurt Beck hatte den Brandanschlag auf die Synagoge in Worms bereits am Montagmorgen aufs Schärfste verurteilt. „Wir werden einen solchen Angriff auf eine Synagoge nicht hinnehmen. Der oder die Täter müssen wissen, dass eine

solche Tat gegen ein jüdisches Gotteshaus eine Grenzüberschreitung ist, die wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgen werden“, sagte der Ministerpräsident in Mainz.

Nach Polizeiangaben war der Anschlag in der Nacht zu Montag verübt worden. Das Gebäude war an mehreren Stellen mit einer brennbaren Flüssigkeit angezündet worden. „Glücklicherweise konnte die Feuerwehr den Brand schnell löschen“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck.

Bis Redaktionsschluss lagen noch keine Hinweise auf den oder die Täter vor.

Wettbewerb stärkt lebenswerte Dörfer

Innenminister Karl Peter Bruch gibt die Finalsieger „Unser Dorf hat Zukunft“ bekannt

Innenminister Karl Peter Bruch hat die Gewinner des Landesfinales im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ bekannt gegeben: Ortsgemeinde Duchroth, VG Bad Münster am Stein-Ebernburg Landkreis Bad Kreuznach, Ortsgemeinde Ediger-Eller, VG Cochem, Landkreis Cochem-Zell, Ortsgemeinde Rhodt unter Rietburg, VG Edenkoben, Landkreis Südliche Weinstraße, Ortsgemeinde Rumbach, VG Dahnener Felsenland, Landkreis Südwestpfalz. Die vier ausgewählten Ortsgemeinden haben sich damit für den Bundesentscheid qualifiziert, der am 17. August startet.

Neben Duchroth, Ediger-Eller, Rhodt unter Rietburg und Rumbach haben auch die Ortsgemeinden Buch (Rhein-Lahn-Kreis), Kempenich (Landkreis Ahrweiler), Ehlenz und Wolsfeld (Eifelkreis Bitburg-Prüm),

Leisel (Landkreis Birkenfeld), Niederwiesen (Landkreis Alzey-Worms), Dierbach (Landkreis Südliche Weinstraße) und Ludwigswinkel (Landkreis Südwestpfalz), am Landesfinale im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilgenommen. Dafür erhalten diese acht Gemeinden einen Geldpreis von je 1600 Euro. Die vier Siegergemeinden, die sich für den Bundesentscheid qualifiziert haben, werden am 2. Juni im ZDF-Konferenzzentrum auf dem Lerchenberg in Mainz im Rahmen einer kleinen Feierstunde ausgezeichnet und erhalten neben dem Siegerscheck in Höhe von 4000 Euro auch eine Urkunde sowie eine Trophäe.

Insgesamt hatten sich am Dorfwettbewerb über 500 Gemeinden beteiligt. Damit rangiert Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich, gemessen an der Wettbewerbsbeteiligung, an dritter

Stelle. „Dies ist ein toller Erfolg und macht deutlich, welche hohen Stellenwert der Wettbewerb bei den rheinland-pfälzischen Gemeinden einnimmt“, sagte Minister Bruch.

Mit dem Dorfwettbewerb solle aufgezeigt werden, welche Einflussmöglichkeiten die Bürgerinnen und Bürger haben, um ihr Dorf zu stärken und zu beleben. „So kann der Wettbewerb hervorragende Beispiele dafür liefern, wie es motivierten und engagierten Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern gelingt, sich ein lebenswertes Umfeld zu schaffen“, sagte der Minister. Alle Gemeinden seien seit vielen Jahren Dorferneuerungsgemeinden und hätten ihre Aktivitäten und Anstrengungen auf die Innenentwicklung, die Attraktivierung und funktionale Stärkung der Ortskerne konzentriert.

Breitband wird im Land weiter ausgebaut

Rheinland-Pfalz und RWE streben intensive Zusammenarbeit im Norden an

Der Ausbau der Breitbandverkabelung im nördlichen Rheinland-Pfalz soll nachhaltig verstärkt werden. Dazu haben das Land Rheinland-Pfalz und RWE Rheinland Westfalen Netz eine strategische Zusammenarbeit vereinbart. Angestrebt wird eine möglichst weitgehende Breitbandversorgung in elf Landkreisen, in denen RWE Rheinland Westfalen Netz aktiv ist (Altenkirchen, Ahrweiler, Mayen-Koblenz,

Cochem-Zell, Vulkaneifel, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Bitburg-Prüm, Rhein-Hunsrück-Kreis, Bad Kreuznach, Mainz-Bingen).

Wirtschaftsminister Hendrik Hering und Innenminister Karl Peter Bruch verständigten sich mit Landräten und Vertretern der Landkreise mit dem Vorstandsvorsitzenden von RWE Rheinland Westfalen Netz, Dr. Arndt Neuhaus, auf ein abgestimmtes Vorge-

hen zur Stärkung der Breitbandversorgung von Kommunen im ländlichen Raum. Hintergrund ist die Absicht von RWE, den Ausbau der Breitbandnetze zu Hochgeschwindigkeitsnetzen, den so genannten Next Generation Access Networks (NGA), zu unterstützen: RWE sagte für die kommenden Jahre in den Landkreisen umfangreiche Investitionen in den Energieinfrastrukturausbau zu.



Zum Verfassungsfest kamen trotz zeitweise regnerischen Wetters viele Hundert Gäste zum rheinland-pfälzischen Landtag. Ministerpräsident Kurt Beck begrüßte unter ihnen Ratsmitglieder der Hunsrück-Gemeinde Schwall, die auf Einladung von Landtagspräsident Joachim Mertes nach Mainz gekommen waren. (Weitere Berichterstattung auf der Landtagsseite.) Foto: Klaus Benz

Die frühkindliche Bildung weiter ausbauen

Landesregierung legte jetzt den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz vor

Nach knapp 15-monatiger Tätigkeit hat eine Arbeitsgruppe der drei Universitäten Koblenz-Landau, Mainz und Trier jetzt den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz vorgelegt, der den Titel trägt: „Zwischen Infrastruktur und Intervention – zur Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz“. Am 1. März 2007 hatte der Landtag beschlossen, dass die Landesregierung einmal pro Legislaturperiode – beginnend mit dem Jahr 2010 – einen nach Landkreisen und Städten differenzierten Kinder- und Jugendbericht für Rheinland-Pfalz vorlegen sollte, der von externen Fachleuten erstellt werde.

Gemeinsam mit den Autoren, Prof. Dr. Christian Schraper (Universität Koblenz-Landau) und Prof. Dr. Franz Hamburger (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) sowie mit Dr. Magdalena Joos (Universität Trier), die den dritten Co-Autor Prof. Dr. Michael-Sebastian Honig vertrat, stellten Bildungs- und Jugendministerin Doris Ahnen sowie der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, Christoph Habermann, heute die wesentlichen Ergebnisse des rund 600 Seiten starken Berichts vor. Die Wissenschaftler hielten dabei fest, dass auf Grund der aktuellen Datenlage „lediglich eine erste Annäherung“ an verbindliche Empfehlungen möglich sei.

Doris Ahnen und Christoph Habermann unterstrichen, aus demselben Grund sei vor allem bei einer regionalisierten Auswertung der ausgewählten Parameter und der daraus abgeleiteten Indikatoren noch große Vorsicht angezeigt.

„Interessant für kinder- und jugendpolitische Entscheidungen ist bei dem jetzt vorliegenden ‚Pilotbericht‘ vor allem, dass er die unterschiedlichsten Einflüsse für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und sie zueinander in Beziehung zu setzen versucht. Diese Gesamtkonzeption ist für Deutschland ein neuer Ansatz“, hielt die Bildungs- und Jugendministerin fest. Insgesamt könne sich die Landesregierung durch die Ergebnisse des Berichts in ihrem kinder-, jugend- und familienpolitischen Handeln bestätigt sehen. Der Bericht lege nahe, dass vor allem Vorhaben wie der Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote durch das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“, die flächendeckende landesweite Sprachförderung vor der Einschulung, der stetige Ausbau von Ganztagschulen und Schulsozialarbeit oder die verstärkte Öffnung von Schulen für Kooperationen mit außerschulischen Partnern intensiviert und engagiert weiter vorangetrieben werden sollten.

Auch Christoph Habermann, Staatssekretär im Familienministerium, be-

grüßte den ersten Kinder- und Jugendbericht als wichtigen Beitrag für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Rheinland-Pfalz. „Der Bericht gibt einen guten Überblick über die vielen Initiativen zur Förderung von Kindeswohl und zur Verbesserung der beruflichen Ausbildung von Jugendlichen, um nur drei Aspekte zu benennen.“ Habermann verwies darauf, dass mit dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit kein Kontrollinstrument für Eltern geschaffen wurde, sondern der Ausbau von frühen Hilfen gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe gefördert wird. Abschließend verwies der Staatssekretär auf den für Juni 2010 geplanten Bericht zu den „Hilfen zur Erziehung“, der detailliert die Aufgaben und Aktivitäten von Jugendämtern und Land beschreibt, wie das Kindeswohl am besten gefördert werden kann.

Der Bericht wird nun dem Landtag und dem Landesjugendhilfeausschuss zur weiteren Diskussion vorgelegt. Um für kommende Kinder- und Jugendberichte noch präzisere und aussagekräftigere Datengrundlagen zu bekommen, schlug Ministerin Ahnen den am ersten Bericht beteiligten Hochschulen vor, einen „Wissenschafts-Praxis-Dialog“ mit den öffentlichen und mit den freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit aufzunehmen.



Das Verdienstkreuz am Bande überreichte Ministerpräsident Kurt Beck dem früheren Abteilungsleiter in der Staatskanzlei, Hans-Dieter Drewitz.

Foto: Markus Wolf

Medien und Fußball prägten das Wirken von Drewitz

Ministerpräsident zeichnet früheren Abteilungsleiter aus

„Hans-Dieter Drewitz hat in seinem Berufsleben die bedeutenden Umwälzungen im Medienbereich in der Staatskanzlei maßgeblich mitgestaltet. In seiner Freizeit hat er sich dem Fußball verschrieben und sich dabei insbesondere um die Förderung der Jugendarbeit gekümmert.“ Mit diesen Worten überreichte Ministerpräsident Kurt Beck das Verdienstkreuz am Bande an Hans-Dieter Drewitz aus Haßloch.

Der langjährige Abteilungsleiter in der Staatskanzlei für den Bereich der Medien habe sich um die Medienlandschaft in Deutschland verdient gemacht. So sei er an der Realisierung des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen beteiligt gewesen, mit dem die Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) in Ludwigshafen gegründet und der private Rundfunk in Deutschland aus der Taufe gehoben wurde. Auch der Rundfunkstaatsvertrag trage seine Handschrift. „An entscheidender Stelle“, so der Ministerpräsident, habe Drewitz dazu beigetragen, nach der Wiedervereinigung den Rundfunk in den neuen Ländern aufzubauen.

Weitere Stationen seines Wirkens seien die Gründung des deutsch-französischen Kulturkanals (heute Arte) und die Neubildung des Südwest-

rundfunks 1997 gewesen. Außerdem nannte Ministerpräsident Beck den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, der 2002 das Jugendschutzrecht in Abstimmung mit dem Bund neu regelte.

„Herausragend ist auch das ehrenamtliche Engagement von Hans-Dieter Drewitz“, so Ministerpräsident Beck. Drewitz sei bereits in jungen Jahren als Jugendleiter beim 1. FC 08 Haßloch tätig gewesen und habe als Schiedsrichter unzählige Partien geleitet. Viele Jahre engagierte er sich als Vizepräsident im Fußball-Regionalverband Südwest, einem der fünf Regionalverbände des Deutschen Fußballbundes (DFB). Seit 2007 ist er Präsident dieses Verbandes. Darüber hinaus über das Amt des Vizepräsidenten im Südwestdeutschen Fußballverband aus. Im DFB sei Drewitz von 1998 bis 2002 Vorsitzender des Jugendausschusses. Seit 2007 sei er DFB-Vizepräsident für Jugendfußball und damit Mitglied im DFB-Präsidium.

„Medien und Fußball bestimmten das Leben von Hans-Dieter Drewitz. Ich freue mich, dass ich ihm sowohl für seine herausragenden beruflichen wie auch ehrenamtlichen Leistungen diese hohe Anerkennung überreichen kann“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck.

Walter Schumacher führt Landesstiftungen

Vorstände der Villa Musica und des Hambacher Schlosses wählen Kultur-Staatssekretär

Kultur-Staatssekretär Walter Schumacher ist neuer Vorstandsvorsitzender der Villa Musica und Vorsitzender der Stiftung Hambacher Schloss. Die beiden Vorstände der Landesstiftungen wählten Schumacher jeweils einstimmig. „Ich freue mich auf diese Aufgaben“, sagte der neue Vorsitzende.

„Villa Musica Rheinland-Pfalz ist eine in Deutschland einmalige Institution. Kein anderes Bundesland verfügt über eine Landesstiftung eigens zur Förderung des Spitzennachwuchses in der Kammermusik. Wir werden dieses Profil noch stärker in der Öffentlichkeit bekannt machen und unsere erfolgreiche Nachwuchsförderung unvermindert fortsetzen.“

Ebenso freue er sich auf „die neue Aufgabe an der Wiege der Demokratie“. Schumacher: „Nach meinem Empfinden ist das Hambacher Schloss in einem Atemzug mit der Paulskirche



Kultur-Staatssekretär Walter Schumacher. Foto: Melanie Bauer

in Frankfurt und dem Reichstag in Berlin zu nennen. Als Pfälzer ist es eine besondere Ehre für mich, dieses Amt zu übernehmen.“

Das Hambacher Schloss wurde in den vergangenen Jahren nach Plänen des renommierten Architekten Max Dudler für etwa zehn Millionen Euro umgebaut. Es dient seitdem nicht nur als Gedenkstätte der Demokratie in Deutschland, sondern auch als internationales Tagungszentrum und Kulturhaus.

Zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit zählt neben dem laufenden Betrieb die Fertigstellung des neuen Restaurationsgebäudes. Dadurch soll die angestrebte Besucherzahl von jährlich 100 000 Gästen auf Dauer sichergestellt werden. Im vergangenen Jahr wurden trotz der laufenden Baumaßnahmen nahezu 88 000 Besucher allein in der Dauerausstellung gezählt.

BUGA-Seilbahn wird Tourismus stärken

Minister Hering und Staatssekretär Lewentz informieren sich über Stand der Arbeiten

Über den Stand der Arbeiten an der neuen Koblenzer Seilbahn informierten sich jetzt der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Hendrik Hering und der BUGA-Beauftragte der Landesregierung, Staatssekretär Roger Lewentz.

Bereits vor zwei Wochen sorgte die Testfahrt der ersten Seilbahn-Gondel für Begeisterung. Zurzeit werden auch

die übrigen Gondeln aufgehängt, damit am 4. Juli 2010 die ersten Gäste über den Rhein schweben können. Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, freute sich über die bevorstehende Fertigstellung der Seilbahn: „Die BUGA-Seilbahn wird schon 2010 den Tourismus in der Region stärken

und jedem Fahrgast in diesem Sommer einen unvergesslichen Moment in Koblenz bieten.“ Er zeigte sich davon überzeugt, dass dieser Vorab-Betrieb der Seilbahn im Jahr vor der Bundesgartenschau eine tolle Werbung für diese Großveranstaltung sein werde.

Michael Doppelmayr, Geschäftsführer der Doppelmayr Seilbahnen GmbH, die als Konzessionär die Seilbahn baut und betreiben wird, erklärte die Bedeutung dieses Projektes für sein Unternehmen: „Es war für uns sowohl technisch als auch logistisch eine besondere Herausforderung, eine solche Anlage innerhalb eines Stadtgebietes zu bauen und dabei einen großen Fluss, eine Bundesstraße und eine Bahnlinie zu überqueren. Wir sind stolz darauf, sogar noch zwei Monate früher damit fertig geworden zu sein, als ursprünglich geplant.“ Dadurch sei es möglich geworden, die Seilbahn schon in diesem Sommer für etwa drei Monate zu betreiben.

Die mit einem verbrauchsarmen Elektromotor betriebene Dreiseilumlaufbahn ist in der Lage, pro Stunde pro Richtung bis zu 3800 Menschen zu transportieren. Während der etwa vier Minuten dauernden Fahrt werden die insgesamt 18 Kabinen, die bis zu 35 Personen fassen und barrierefrei auch mit Kinderwagen und Rollstuhl zu benutzen sind, an 850 Meter langen, freitragend über den Rhein gespannten Seilen entlang gleiten.

Der Verzicht auf die Seilbahn zugunsten eines Bus-Shuttles wäre eine mit großen Nachteilen behaftete Alternative – nicht zuletzt deshalb, weil die von jedem BUGA-Besucher zweimal zu bewältigende Strecke von sieben Kilometern Länge zwischen den innerstädtischen Ausstellungsbereichen und dem Festungsplateau aufgrund der ungünstigen Verkehrsverhältnisse 25 Minuten dauern und damit eine erhebliche Belastung für Umwelt, Verkehr und Anwohner darstellen würde.



Einige der insgesamt 18 Panoramagondeln der BUGA-Seilbahn sind bereits aufgehängt. Von der hochwertigen Ausstattung überzeugten sich (von links) der BUGA-Regierungsbeauftragte Roger Lewentz, der Koblenzer Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Michael Doppelmayr (Geschäftsführer Doppelmayr Seilbahnen GmbH), der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Hendrik Hering sowie BUGA-Geschäftsführer Hanspeter Faas.



Zum Antrittsbesuch empfing Ministerpräsident Kurt Beck den Botschafter der Republik Österreich, Ralph Scheide, in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei. Zwischen Rheinland-Pfalz und Österreich gibt es zahlreiche Kontakte und Kooperationen. Dazu zählt die Partnerschaft zwischen der Wein- und Obstbauschule Krems in der Wachau und dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum in Neustadt an der Weinstraße. Die enge Verbundenheit zum österreichischen Nachbar drückt sich auch im Kultur- und Bildungsbereich aus. Derzeit bestehen mit Rheinland-Pfalz vier Schulpartnerschaften, drei Kooperationen mit Hochschulen und 16 Städtepartnerschaften. Foto: Markus Wolf

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr (verantwortlich), Christoph Gehring, Michael Maurer (Koordination).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortlich) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08-22 10 oder 2 08-24 17



Gesprächsrunde: Ministerpräsident Kurt Beck (von links nach rechts) im Gespräch mit Moderator Martin Seidler, Prof. Michael Kißener und dem Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel.



Zeitzeugengespräch: Unser Foto zeigt von links nach rechts, General a.D. Jean-Louis Brette, Moderatorin Lisa Weglinski, Susanne Hermans, Moderator Lucas Schaal und Dr. Anton Maria Keim.

60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags

Feierstunde zum 60. Jahrestag des Bestehens – Wegweisende Entscheidung gewürdigt

Mit der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 hatte der französische General Koenig die Gründung eines „rheinpfälzischen Landes“ angeordnet. In Artikel 2 dieser Verordnung bestimmte er Mainz zur Landeshauptstadt. Die Entscheidung schien also bereits gefallen.

Dennoch tagte der Landtag bis zu Beginn der 1950er Jahre in Koblenz. Denn das kriegszerstörte Mainz bot keine geeigneten Räumlichkeiten. Die Frage eines Umzugs nach Mainz blieb lange ungelöst. Nach vielen Verhandlungen und Treffen zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten Peter Altmeier und den französischen Autoritäten wurde am 4. April 1950 die Aufhebung des Artikels 2 der Verordnung Nr. 57 verkündet.

Dies machte den Weg frei für eine eigene souveräne Entscheidung des Landtags in der Hauptstadtfrage am 16. Mai 1950. Die Hauptstadtentscheidung sollte für unser Land, für seine Entwicklung und seinen Zusammenhalt herausragende Bedeutung gewinnen.

In einer gemeinsamen Festveranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz, der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz am vergangenen Montag anlässlich des 60. Jahrestages der Hauptstadtentscheidung des Landtags rief ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Kulturdezernenten der Stadt Mainz, Anton Maria Keim, Susanne Hermans (Abgeordnete im Landtag von der 2. bis zur 9. Wahlperiode 1951 bis 1983) und dem ehemaligen Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte in

Deutschland, General Jean-Louis Brette die Ereignisse von damals ins Gedächtnis.

Zuvor hatte Landtagspräsident Joachim Mertes in seiner Begrüßungsansprache an den schwierigen Anfang unseres Bundeslandes erinnert „der Bestand des neu geschaffenen Landes sei seinerseits alles andere als sicher gewesen, es gab nicht wenige, die für Rheinland-Pfalz keine Zukunft sahen.“

Aus heutiger Sicht könne man sagen, dass vor 60 Jahren eine gute und weit reichende Entscheidung gefallen sei, die Grundlage für sein Zusammenwachsen und für den Zusammenhalt unserer Landesteile bis in die Gegenwart.

Im Zeitzeugengespräch machte General Brette die schwierigen Anfangszeiten der 4. französischen Republik deutlich und erinnerte an die deutsch-französische Verzögerung, die bereits direkt nach dem Krieg begonnen habe. Für die Koblenzerinnen und Koblenzer, so die langjährige Koblenzer Abgeordnete des Landtags, Susi Hermans, rief die Entscheidung zur Verlegung der Hauptstadt nach Mainz blankes Entsetzen hervor. Erst mit den Jahren habe sich eine positive Bewertung durchgesetzt.

Auch Anton Maria Keim erinnerte sich an die triste Nachkriegszeit und sprach von einer dramatischen Ausgangslage der durch den Rhein „geteilten“ Stadt Mainz. Alles was dann an kulturellem Aufschwung kam, sei ein Großteil französischer Verdienst und Mainz ein Stück französischer Kulturpolitik mit Weitblick. Die Erhebung

zur Landeshauptstadt sei im Kopf der Bürger lange durch andere, existentielle Probleme und Sorgen überdeckt gewesen.

Die sich anschließende Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Kurt Beck, Oberbürgermeister Jens Beutel und Professor Dr. Michael Kißener, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, beleuchtete die Auswirkungen der Hauptstadtentscheidung bis in unsere Gegenwart.

„Mainz hat seine Rolle angenommen und etwas daraus gemacht“, betonte Ministerpräsident Kurt Beck. Mainz sei in den vergangenen 60 Jahren das Bindeglied zu den einst so unterschiedlichen Regionen des Landes geworden. Die Entscheidung habe sich auf jeden Fall stabilisierend für das Land erwiesen.

Mit Mainz habe sich am Rande des Rhein-Main-Gebietes ein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landes entwickelt, das von seinen Bürgern gut angenommen werde und unser Bundesland nach außen würdig repräsentiere, sagte Oberbürgermeister Jens Beutel. Auch die Mainzer könnten im Rückblick stolz auf 60 Jahre Verantwortung als Landeshauptstadt sein.

In einer begleitenden Ausstellung waren in der Lobby des Landtags unter anderem Original-Dokumente wie Zeitungsartikel, Fotografien und Protokolle rund um den Hauptstadtstreit und die Entscheidung von 1950 zu sehen. Der Mainzer Fotograf Philipp Münch zeigte zudem 26 zum Teil unbekannt Aufnahmen aus Mainz Anfang der 50er Jahre.



„Vor 60 Jahren ist eine gute und weit reichende Entscheidung getroffen worden“, urteilte Landtagspräsident Joachim Mertes anlässlich des Festaktes zum Jahrestag der Wahl von Mainz zur Landeshauptstadt. Fotos: Klaus Benz



Informationsbesuch auf dem Campus Koblenz: Unser Foto zeigt von links nach rechts, Heribert Heinrich, MdL, Fritz Presl, MdL, Irmgard Fürst, MdL, Ulla Brede-Hoffmann, MdL, Prof. Dr. Hermann Saterdag, Prof. Dr. Peter Ullrich, Dr. Matthias Krell, MdL.

Neue Wege in der Ausbildung von Lehrkräften

SPD-Abgeordnete informieren sich über „Koblenzer Modell“ – Gemeinsames Studium

Abgeordnete der SPD aus den Arbeitskreisen Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur sowie Bildung und Jugend informierten sich bei einem Besuch auf dem Campus Koblenz bei Prof. Dr. Peter Ullrich, Vizepräsident der Universität Koblenz-Landau sowie Prof. Dr. Hermann Saterdag, Regierungsbeauftragter für die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz und ehem. Präsident der Universität Koblenz-Landau, über ein neues Studienangebot.

Zum Wintersemester 2008/2009 wurde dort auf Grundlage eines Kooperationsvertrages zwischen der Universität und der Fachhochschule Koblenz die Studienmöglichkeit nach dem „Koblenzer Modell“ eingeführt. Seither bieten die Universität am Standort Koblenz und die Fachhochschule gemeinsam ein Studium zur Ausbildung von Lehrkräften an Berufsbildenden Schulen an. Das Angebot gilt derzeit für die Fächer Bau-

technik, Elektrotechnik, Holztechnik, Metalltechnik, die an der FH studiert werden können, sowie Biologie, Chemie, Deutsch, Englisch, Ethik, Geographie, Informatik, Mathematik, Physik, ev. und kath. Religionslehre, die von der Universität angeboten werden.

„Das ‚Koblenzer Modell‘ befindet sich zwar noch in der Aufbauphase. Aber es zeigt sich sehr deutlich, dass darin eine große Chance liegt, mehr Lehrerinnen und Lehrer für die berufsbildenden Schulen zu gewinnen“, so Dr. Mathias Krell, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, der auch die Zusammenarbeit der beiden Hochschulen lobt: „So



sehen positive Synergieeffekte aus: Die Fachhochschule bietet das Studium im beruflichen Fach, die Universität das Studium in den Bildungswissenschaften und im allgemein bildenden Fach an.“

Dieses Lehramtsstudium für berufsbildende Schulen wird als Bachelor- und Masterstudiengang angeboten. Das Bachelor-Studium umfasst sechs Semester, daran schließt das viersemestrige Masterstudium an. Bindend ist das Studium des Faches „Bildungswissenschaften“ an der Universität.

„Vor dem Hintergrund des bundesweiten Mangels an Lehrerinnen und -lehrern für Berufsbildende Schulen wird hier ein zukunftssträchtiger Weg beschritten, dessen weiteren Ausbau wir uns nur wünschen können. Konzeptuell betrachtet ist Rheinland-Pfalz hier Vorreiter“, bekräftigte Ulla Brede-Hoffmann, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.



Schlechtes Wetter und gute Laune waren beim diesjährigen Verfassungsfest rund um den rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz keine Gegensätze. Bürgerinnen und Bürger feierten den 63. Jahrestag der Annahme der Landesverfassung

gemeinsam. Landtagspräsident Joachim Mertes und Ministerpräsident Kurt Beck eröffneten gemeinsam das große Bürgerfest. In der Mitte Moderator Christoph Emmerich, der durch das bunte Programm führte. Fotos: Klaus Benz

Leicht schräg: Kunst-Grüße aus Upper Bleistein

„Die drei Kipperell aus Upper Bleistein zeigen, was sie gebaut haben“ – unter diesem „nichts-bis vielsagenden Titel“ (wie die Künstlerinnen sagen) präsentieren Laura Eschweiler, Judith Leinen und Lisa Vogel ein installatives Bau-



stück bei der 49. Ausstellung in der Reihe „Kunst im Abgeordnetenbüro“ des Landtagsabgeordneten Manfred Geis im Abgeordnetenhaus des Mainzer Landtags. Die Eröffnung findet am Donnerstag, 27. Mai 2010 um 19.30 Uhr statt. Prof. Ullrich Hellmann spricht zur Einführung.

Die drei Kipperell studieren seit 2004 an der Akademie für Bildende Künste der Universität Mainz, seit 2005 in der Klasse Metallbildhauerei bei Prof. Hellmann, seit 2007 arbeiten sie regelmäßig zusammen. So haben sie als Delphinzüchterinnen, Glanztrapper, Monarchisten und Springblümler viele gemeinsame Projekte realisiert und aus Upper Bleistein begrüßt.

Die Künstlerinnen zu der Ausstellung: „Die Arbeiten sind Kommunikationsprodukt aus einem Erfahrungsfundus im Spannungsfeld zwischen 20 Volt, 500 Watt und 0,3 Ohm Widerstand. Aggregatzustände spielen eine Rolle, genau wie Sprache, Holunderpfannkuchen, Form, Gesellschaft, Stahl, Funktion und Handlungsraum.“

Die Ausstellung ist zu sehen vom 27. Mai bis zum 18. Juni 2010, im Abgeordnetenhaus des Landtags, Kaiser-Friedrich-Straße 3, in Mainz, montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, und jederzeit nach Vereinbarung. Weitere Informationen bei Manfred Geis, Tel.: 06131/208-3236, eM: manfred.geis@spd.landtag.rlp.de oder auf www.manfred-geis.de und www.upperbleistein.de



Viele ehemalige Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Vertreter des gesellschaftlichen Lebens konnte Landtagspräsident Joachim Mertes im Rahmen eines Empfanges vor dem Verfassungsfest in der Lobby des Landtags begrüßen. In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Mertes daran, dass es jeden Tag aufs Neue des Einsatzes für die Demokratie bedürfe. Sie lebe nicht vom Zuschauen sondern vom aktiven Engagement. Mitmachen sei notwendig, auf allen Ebenen.



Der Geschichte-Leistungskurs der Klasse 12 des Eleonoren Gymnasiums in Worms ist der diesjährige Preisträger des Quizes „Jugend in Europa“. Der gemeinsam von Ministerpräsident Kurt Beck und Landtagspräsident Joachim Mertes gestiftete Preis ist ein Brüssel-Aufenthalt.

Über tausend Gäste beim 63. Geburtstag

Gute Laune beim Verfassungsfest trotz Wind und Regen – Buntes Kultur- und Infoprogramm

Bei kühlem Wetter und heißer Blasmusik haben über eintausend Gäste am Dienstag der vergangenen Woche in Mainz den 63. Geburtstag von Rheinland-Pfalz gefeiert. Landtagspräsident Joachim Mertes und Ministerpräsident Kurt Beck eröffneten in wechselseitiger Ansprache das Bürgerfest rund um den Landtag.

Mertes mahnte: „Halten wir unser Land schön in Ordnung, damit wir auch eine gute Zukunft bekommen!“ Beck bekannte mit Blick auf die angebotenen kulinarischen Köstlichkeiten: „Ich bin zweimal vorbeigelaufen und habe schon ein halbes Kilo zugenommen, so gut sieht alles aus.“

Genau 63 Jahre zuvor, am 18. Mai 1947, hatten die Rheinland-Pfälzer in einer Volksabstimmung ihre Verfassung verabschiedet. Darüber hinaus entschied der Landtag vor rund 60 Jahren, am 16. Mai 1950, die Landeshauptstadt von Koblenz rheinaufwärts nach Mainz zu verlegen. Den beiden

Jubiläen waren beim Bürgerfest Ausstellungen und Infostände gewidmet.

Auch in diesem Jahr wurde anlässlich des Verfassungsfestes wieder der Preis „Jugend in Europa“ an junge Rheinland-Pfälzer für beispielhafte europäische Aktivitäten verliehen. Veranstalter des Quiz sind die vier Partnerregionen Burgund, Oppele, Mittelböhmen und Rheinland-Pfalz, die für jede Region eine Siegerreise nach Brüssel organisieren. Diesjähriger Preisträger aus Rheinland-Pfalz ist die Arbeitsgruppe von Stephanie Kloster des Geschichte-Leistungskurses 12 des Eleonoren-Gymnasiums in Worms (10 Schüler). Begleitet wurde die Gruppe von Studiendirektor Hans-Georg Herrleben.

Landtagspräsident Joachim Mertes lud zur Besichtigung seines Dienstzimmers ein. Die Arbeitsbereiche der Landtagsverwaltung präsentierten sich im Deutsches Haus, ebenso der Landesbeauftragte für den Datenschutz

und der Bürgerbeauftragte. Hinzu kamen Ausstellungen, ein Informationsstand der Bundesbank zur Falschgelderkennung und der Koblenzer Bundesgartenschau 2011.

Im Landtagshof präsentierten sich mit der Moderation von Christoph Emmerich unter anderem das Landespolizeiorchester, die Band „Les Patrons“ aus Bingen und die „Chaote Cheerleaders“ aus Klein Winternheim. Star des Kinderprogramms und der Betreuung war Clown Filou.

In Koblenz war der Regierungsumzug seinerzeit auch auf Widerstand gestoßen. Der heutige Oberbürgermeister Joachim Hofmann-Göttig (SPD) wies darauf hin, dass seine Stadt damals dennoch viele Landesbehörden und hohe Gerichte behalten und zahlreiche Bundesbehörden bekommen habe. „Mit dem Titel „heimliche Hauptstadt“ können wir Koblenzer eigentlich auch ganz gut leben“, versicherte Hofmann-Göttig.

Unterschiedliche Sicht auf den Staat Israel

Zweitägige Tagung - Zum Konferenzauftakt spricht Dr. Frank-Walter Steinmeier

Unterschiedliche Sichten und Blickwinkel auf den Staat Israel stehen im Mittelpunkt der internationalen Fachkonferenz „The World facing Israel – Israel facing the World: Images and Politics“, veranstaltet von der Studienstelle Israel am Institut für Politikwissenschaft und der Arbeitsgemeinschaft Israel an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Kooperation mit dem Landtag Rheinland-Pfalz. Schirmherr der Fachkonferenz ist Ministerpräsident Kurt Beck.

Das Bild Israels in der Welt und in den Medien ist stark geprägt vom anhaltenden Nahostkonflikt. Dabei gerät leicht aus dem Blick: Israel ist zwar ein zentraler Akteur in diesem vielschichtigen Konflikt, darüber hinaus aber unterhält das Land vielfältige politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu anderen Staaten dieser Welt. Es hat eine funktionierende Demokratie geschaffen und sich wirtschaftlich und technologisch hoch entwickelt. Wie wird Israel in der Welt wahrgenommen und wie nimmt Israel andere Staaten wahr? Ist eine Sichtweise ohne Fokussierung auf den Nahostkonflikt überhaupt möglich? Diese Fragen werden mit international renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie politischen Entscheidungsträgern diskutiert und analysiert.

Konferenzbeginn ist am 25. Mai 2010 um 18.30 Uhr im Plenarsaal des rheinland-pfälzischen Landtags. Die Begrüßung der Konferenzteilnehmer erfolgt durch Landtagspräsident Joachim Mertes. Die Eröffnungsrede der Konferenz unter dem Titel „Israel und der Nahe Osten – Deutsche und Eu-

ropäische Perspektiven“ wird von dem Bundesaußenminister a.D. und SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier gehalten.

Das Konferenzprogramm kann unter http://www.uni-mainz.de/downloads/israel_konferenzprogramm_2010_04_06.pdf abgerufen werden.

Selbständige Schulen

CDU besuchte Agentur für Qualitätssicherung

Nach einem Besuch bei der Agentur für Qualitätssicherung (AQS) in Bad Kreuznach sieht sich die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Bettina Dickes, in ihrer Forderung nach mehr Selbständigkeit und nach mehr eigenverantwortlich zu verwendenden Ressourcen für die Schulen bestätigt.

„Eine dauerhafte qualitative Weiterentwicklung unserer Schulen kann nur aus den Schulen selbst erwachsen. Hierzu müssen ihnen die notwendigen Handlungsspielräume eröffnet werden. Allerdings agiert die Landesregierung viel zu zögerlich. Sie delegiert sehr viel lieber die Verwaltung des

Mangels nach unten weiter, als dass sie den Schulen wirklich neue Freiräume eröffnet. Das schafft vor Ort Frustration und bremst den Elan, unsere Schulen weiter nach vorne zu bringen“, sagte Dickes.

Dickes hob hervor, dass die AQS in den vergangenen Jahren immerhin mehr als 700 Schulen in Rheinland-Pfalz besucht und auf vielfältige Weise Daten zu Unterricht, Schulklima und Scholorganisation erhoben habe. Das biete ganz neue Grundlagen für bildungspolitische Entscheidungen. Eine politische Bewertung der Daten stehe jedoch noch aus, so Dickes.